

Kirche aber geradezu die Pflicht, zu tagesaktuellen politischen Fragen nicht zu schweigen, sondern zu sprechen.

Die Stellungnahmen aus dem Bereich der Reformierten Kirche sind eindeutig politisch. In der Feiertagsansprache zum Reformationstag 2001 in der Deutschen Welle und im Leitartikel in der *Lausitzer Rundschau* erklärt der aus reformierter Tradition stammende Cottbuser Generalsuperintendent Rolf Wischnath seine Haltung mit der Kreuzestheologie: „Und so können wir am Reformationstag eben auch dies erkennen – am Kreuz, an dem ein Gewaltloser hängt: Es gibt keinen Glauben an Gott, auf den man sich berufen kann zur Rechtfertigung von Gewalt und Verbrechen.“²⁷ Dies bezieht er nicht nur auf die Terroranschläge des 11. September, sondern auch auf die militärischen Reaktionen darauf: „Und ebenso setzen Bomben, die auch die Bevölkerung treffen, den Terror fort, auch wenn sie als ‚Kampf gegen den Terror‘ gerechtfertigt werden. Es sind Menschen, die unter den Bomben sterben: unter den lebenden Flugzeug-Bomben der Terroristen und unter den toten Präzisionsbomben der High-Tech-Waffen. Mit dem Unterschied von Glaubensweisen an den einen Gott lassen sich weder Terror noch Bomben rechtfertigen.“²⁸

Der Landessuperintendent der Evangelisch-reformierten Kirche mit Sitz in Leer, Walter Herrenbrück, nennt in einem differenzierten Aufsatz in der Zeitschrift *die-reformierten-upd@te.de* zwei Wege für seine Kirche, ihren Auftrag der Friedensverantwortung wahrzunehmen. Der eine – eher pazifistische – Ansatz geht davon aus, dass der von Gott geschenkte Frieden den Frieden zwischen Mensch und Mitmensch ermöglicht: „Daraus folgt, dass diesem Frieden, der höher ist als alle Vernunft, eine vernünftige Praxis des Friedens im Alltag der Welt entsprechen muss. Eindeutig, ja: einseitig ist Gewaltfreiheit zu propagieren als Weg des Friedens und zum Frieden.“²⁹ Die Denkfigur der *ultima ratio* wird hier bewusst abgelehnt, entsprechend der Zwei-Reiche-Lehre strikt zwischen Staat und Kirche unterschieden: „Die Realität des Bösen, die Notwendigkeit, (polizeiliche) Gewalt anzuwenden und den Schwachen zu schützen, wird nicht geleugnet; aber es ist nicht die Aufgabe der Kirche, zu zeigen, wie viel Gewalt erlaubt ist,

²⁷ Wischnath: Ansprache zum Reformationstag 2001, S. 16

²⁸ *ibid.*

²⁹ Herrenbrück 2001, S. 18

sondern: wie viel Gewaltverzicht erwünscht und geboten ist und welche Bedeutung die Versöhnung für das Zusammenleben der Menschen haben kann.“³⁰

Der zweite Weg, den die Kirche in Wahrnehmung ihrer Friedensverantwortung einschlagen kann, hat seinen Ausgangspunkt in der fünften Barmer These: „Zur Ausübung von Gewalt darf auch gehören die Anwendung militärischer Gewalt – und zwar nur im äußersten Notfall und als äußerste Möglichkeit (*ultima ratio*), wenn alle anderen Mittel zur Konfliktbewältigung ohne Ergebnis geblieben sind. Militärische Gewalt darf sich nicht gegen Menschen richten, sondern gegen das, was der oder die Gegner an militärischen Mittel[n] einsetzen wollen und was unschädlich zu machen ist“³¹ Gemeinsam sei beiden friedensethischen Ansätzen, dass sie vom Leitbild des gerechten Friedens ausgingen. Deshalb kommt Herrenbrück bei beiden Wegen zum selben Ergebnis: „Nimmt die Kirche das Friedensgebot Jesu und sein Friedenszeugnis ernst, muss sie zum Krieg in Afghanistan *nein* sagen, auf die gewaltfreien – gewaltfreieren – Mittel verweisen, die der Bekämpfung des Terrorismus – im Sinne eines gerechten Friedens – besser entsprechen und sich dafür einsetzen.“³² Zu dem den Kirchen oft gemachten Vorwurf einer Appeasement-Politik nimmt der reformierte Landessuperintendent auch Stellung: „Auch wenn zuzugeben ist, dass Gewaltverzicht allein den Terrorismus nicht verhindert, so gilt das Umgekehrte in noch größerem Maße: Dass Krieg und Gewalt nur Rechtfertigung des Krieges und Gegengewalt erzeugt und dass dadurch ein (national oder religiös begründeter) Solidarisierungseffekt der Gutwilligen mit den weniger Gutwilligen erzeugt wird, der gerade vermieden werden soll, will man das Böse wirklich eindämmen.“³³ Als andere Möglichkeiten, auf die Terroranschläge des 11. September zu reagieren, nennt Herrenbrück:

- die Austrocknung der Finanzquellen;
- die genaue Feststellung der Verbrechen des Terrorismus (wie sie am 11. September erkennbar geworden sind) mit dem Ziel der Erhebung der Anklage und dem Einsatz des internationalen Strafgerichtshofs;
- die Gefahrenabwehr durch Absprachen der Völkergemeinschaft in der UNO; die Bildung von Bündnissen gegen den Terrorismus; die Anwendung der Geheimdiplomatie und der Geheimdienste bzw. der Kooperation der Geheimdienste in den verschiedenen Ländern;

³⁰ *ibid.*

³¹ *ibid.*

³² a. a. O., S. 19

³³ *ibid.*

- Entwicklungshilfe, als Kampf um mehr Gerechtigkeit für die armen Länder, um jedem möglichen Terrorismusgedanken und jedem Terror den Nährboden zu entziehen;
- und nicht zuletzt die Bereitschaft zu langfristiger Planung und zu Unschuldigen schonenden Aktionen, statt kurzfristig arrangiertem Bombardement.³⁴

Der Landessuperintendent der Evangelisch-reformierten Kirche geht hier über die Unverbindlichkeit anderer kirchlicher Äußerungen hinaus, indem er nicht nur Militäraktionen ablehnt, sondern auch konkrete politische Mittel nennt, die stattdessen einzusetzen wären. Diese sind teilweise aber recht idealistisch formuliert. Der internationale Strafgerichtshof wird von den USA nicht anerkannt, weshalb er gerade für die Situation nach dem Terrorangriff auf die USA ein schlechtes Beispiel ist. Absprachen in den Vereinten Nationen setzen eine stärkere politische Macht der Weltgemeinschaft voraus, die derzeit nicht in Sicht ist.

Auch der Generalsekretär des Reformierten Weltbundes, Setri Nyomi, gibt eine sehr politische Stellungnahme ab. In seiner Weihnachtsbotschaft 2001 geht er vor allem auf die Kinder ein, die unter Kriegen leiden: „In Afghanistan werden Kinder auf beiden Seiten, der der Nordallianz und der der Taliban, in die Kriegshandlungen verwickelt. Für diese Kinder gibt es keinen Frieden in diesem Advent – und sie erhalten noch nicht einmal die Möglichkeit, mit Werten aufzuwachsen, die zu einem Frieden führen könnten.“³⁵ Nyomi weist darauf hin, dass Frieden für Christen mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krieg: „Der RWB hat in der Vergangenheit wiederholt Stellung bezogen zu den Ungerechtigkeiten in Ökonomie und Ökologie. Und solange große Teile der Weltbevölkerung unter dem ökonomischen Neoliberalismus leiden und wir unsere ökologischen Ressourcen plündern, solange bewegen wir uns weg von einem Frieden auf Erden.“³⁶

Moderator Peter Bukowski warnt die Kirche davor, dass sie „die von den Politikern zu führende Diskussionen lediglich noch einmal verdoppelt“³⁷. Bei der Hauptversammlung des Reformierten Bundes im Juni 2002 in Nürnberg macht er Vorgaben für die Aufgabe der Kirche: „Hingegen wird sie das, was bei den so genannten realpolitischen

³⁴ ibid.

³⁵ Nyomi: Weihnachtsbotschaft 2001, S. 20

³⁶ ibid.

³⁷ Bukowski: Bericht vor der Hauptversammlung am 14. Juni 2002, S. 26

Erwägungen aus dem Blick zu geraten droht, in Erinnerung bringen: die vorrangige Option für den Frieden eben und dass man sich an Krieg nicht gewöhnen darf und dass auch im Kampf gegen den Terrorismus der Zweck nicht die Mittel heiligt, dass es auch nicht in Ordnung ist, wenn militärische Mobilmachung zügiger voranschreitet als das Sperren der Terroristen-Konten, und wie schnell und problemlos die Staatengemeinschaft das Geld für Krieg zusammen hat und wie zögerlich und vergleichsweise spärlich sie die Mittel aufbringt, die für humanitäre Hilfen und den Aufbau gerechterer Strukturen vonnöten sind – der Frieden braucht uns als Lobbyisten, damit die Politik nicht einseitig von solchen betrieben wird, die den Krieg wie selbstverständlich als Mittel der Politik einplanen.“³⁸

Der EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock bringt in einem Interview der *taz* seine Unsicherheit über die politische Bewertung zum Ausdruck. Auf die Frage, ob es denn richtig sei, dass die Bundesregierung Soldaten nach Afghanistan schicke, antwortet er: „Ich kann es nicht sicher sagen, weil ich nicht weiß, was die Soldaten machen sollen, und ich weiß nichts über den Krieg als das, was uns die Propaganda mitteilt.“³⁹ Vergeltung sieht er nicht als Motivation des militärischen Vorgehens der USA an: „Vergeltung ist hier nicht das Ziel. (...) Erklärtermaßen geht es darum, Terrorismus zu bekämpfen, der die Menschheit bedroht.“⁴⁰ Den Terminus des *bellum iustum* lehnt Kock ab: „Krieg ist nie gerecht, sondern ein äußerstes Mittel, um ein größeres Übel abzuwenden. Wenn man schon Krieg führt, muss er wenigstens die Voraussetzung schaffen, dass Frieden sich entwickeln kann. Aber die Kategorie des gerechten Krieges stammt aus dem Mittelalter. Wir dürfen sie nicht wieder hervorholen.“⁴¹

Gegen eine kriegerische Sprache wendet sich der badische Landesbischof Ulrich Fischer: „Wir brauchen nicht nur eine Verhältnismäßigkeit der Mittel, sondern auch eine Verhältnismäßigkeit der Sprache. Denn Worte haben ihre Langzeit- und Nebenwirkungen. Sprache prägt das Bewusstsein. Wer leichtfertig von ‚Krieg‘, ‚Feldzügen‘ oder gar ‚Kreuzzügen‘ redet, erzeugt in den Köpfen Vorstellungen, die letztlich nicht

³⁸ *ibid.*

³⁹ Kock: *taz* vom 9. November 2001

⁴⁰ *ibid.*

⁴¹ *ibid.*

mehr beherrschbar und nicht politisch steuerbar sind.“⁴² Als Nährboden für Gewalt und Terror nennt der Bischof auch die beiden symbolträchtigen Gebäude, die Ziel der Anschläge waren: „Das steinerne Herz einer ausschließlich auf ökonomische Gewinne zielenden Wirtschaftsordnung und das stählerne der Militärmacht sind ohne Mitgefühl für die Nöte und das Elend von Menschen.“⁴³ Auf einer späteren Tagung befasst sich Fischer besonders mit der Vergeltung des Bösen. In Bezugnahme auf das 12. Kapitel des Römerbriefes („Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.“⁴⁴) fordert er den Ausstieg aus der Gewaltspirale: „Wenn wir uns für alles rächen wollten, was wir als Böses erfahren, dann würde uns der Blick auf das Böse ganz gefangen nehmen.“⁴⁵ Das sei schwierig, denn das Prinzip Vergeltung stecke tief in den Menschen: „Wir meinen, es hänge unsere Ehre daran, dass wir den anderen heimzahlen, was sie uns angetan haben. Aber wenn der Teufelskreis des Bösen unterbrochen werden soll, dann müssen wir uns von solchen Vorstellungen trennen. Auch ein Vergeltungsschlag ist eine böse Tat, weil er Menschen vernichtet, die ein Recht auf Leben haben.“⁴⁶

An die Menschen in Afghanistan erinnert auch der Bischof von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, bei der Christvesper 2001 in Kassel: „Von einem fanatischen Regime schon ruiniert, mussten dieses Land und seine Bevölkerung erneut einen Krieg über sich ergehen lassen. Wie lange wird es dauern, bis dort nach Jahrzehnten des Unfriedens endlich der Frieden eine Chance bekommt!“⁴⁷

Eine ganz klare Stellungnahme gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan gibt die hannoversche Landesbischöfin Margot Käßmann ab: „Außerhalb der NATO hat m. E. die Bundeswehr kein Aktionsgebiet. Hier sehe ich keine Legitimationsmöglichkeit.“⁴⁸ Im Gegensatz zu anderen Kirchenvertretern nennt Käßmann auch Mittel, mit denen der Terror nichtmilitärisch bekämpft werden kann: „Das Abbrechen der Geldströme.

⁴² Fischer: Wort an die Gemeinden (24. Oktober 2001), S. 49

⁴³ *ibid.*

⁴⁴ Röm 12,21. Vgl. Röm 12,18f.: „Ist's möglich, soviel an euch liegt, so habe mit allen Menschen Frieden. Rächt euch nicht selbst, sondern gebt Raum dem Zorn Gottes.“

⁴⁵ Fischer: Predigt vom 20. Oktober 2002, S. 2

⁴⁶ *ibid.*

⁴⁷ Hein: Weihnachtspredigt am 24. Dezember 2001

⁴⁸ Käßmann: Vortrag in Beverstedt vom 13. November 2001, S. 3

Eine Unterbindung des Drogenhandels. Ein internationales Abkommen gegen den Waffenhandel. Konsequentes Eingreifen gegenüber solchen, die auch in unserem Land Hass schüren. Rasterfahndung. überzeugender und wirksamer Einsatz für Gerechtigkeit. Die Lösung von Konflikten wie in Israel und Palästina. Ressourcen für Prävention und Mediation.“⁴⁹ Überwindung von Gewalt bedeute auch, den Nährboden aus Armut, Unterdrückung und Unbildung zu entziehen. In diesem Zusammenhang mahnt die Bischöfin zu Investitionen gegen die Armut: „Mich erschüttert es doch, dass 12 Milliarden US-Dollar ad hoc bereitgestellt werden können für einen Militäreinsatz, während es uns nicht gelingt, zu verhindern, dass weiterhin 24000 Kinder pro Tag an Hunger sterben.“⁵⁰

Aus der Lippischen Landeskirche kommt dagegen eine um Neutralität bemühte Stellungnahme von Landessuperintendent Gerrit Noltensmeier, die es offen lässt, ob der Militärschlag notwendig ist oder nicht: „Verbrechen müssen bestraft werden. Die Aufgabe des christlichen Zeugnisses ist es aber nicht, politisch möglicherweise notwendige Aktionen religiös zu überhöhen.“⁵¹ Gleichzeitig räumt Noltensmeier ein, dass eskalierende Gewalt „Leiden und Sterben Unschuldiger nach sich zieht“⁵². Als Grund für die unentschiedene Haltung nennt der Lippische Landesbischof Informationsmängel: „Zugleich wissen wir nicht, welche geheimen Informationen politisch Verantwortliche haben.“⁵³ Noltensmeier nennt bei seiner auch in der Zeitschrift *die-reformierten-upd@te.de* veröffentlichten Beurteilung des Afghanistan-Einsatzes ein Kriterium aus der Lehre vom gerechten Krieg: „In der Sorge um Recht und Frieden findet die Anwendung staatlicher Gewalt ihren Auftrag und ihre Grenzen. Es kann nicht um Vergeltung oder Rache gehen. Gewaltanwendung ist nur ein letztes Mittel.“⁵⁴

⁴⁹ a. a. O., S. 4

⁵⁰ *ibid.*

⁵¹ Noltensmeier: Stellungnahme vom 8. Oktober 2001

⁵² *ibid.*

⁵³ *ibid.*

⁵⁴ *ibid.*

7.3 Die EKD-Synode im November 2001

Die Luftangriffe in Afghanistan und die Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr beim *war on terror* sind in vollem Gange, als die EKD-Synode vom 4. bis 9. November 2001 in Amberg tagt. Das eigentliche Schwerpunktthema der Synode, „Globale Wirtschaft verantwortlich gestalten“⁵⁵, ist dadurch in den Hintergrund gedrängt. Zu Beginn der Synode diskutiert man noch nichtöffentlich. Im Rat der EKD und in den synodalen Gruppen wird sich „richtig gefetzt“⁵⁶, wie die *Frankfurter Rundschau* unter Berufung auf Sitzungsteilnehmer berichtet. Im Rat soll der Magdeburger Bischof Axel Noack mit seiner Forderung nach einem „Nein ohne Wenn und Aber“ zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan ohne Unterstützung geblieben sein.⁵⁷ Der Ratsvorsitzende Manfred Kock bringt die heftige Diskussion in vorsichtigen Worten zum Ausdruck: „Es wird sichtbar, dass es unter uns zu unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Urteilen über die jetzt nötigen politischen Entscheidungen kommt.“⁵⁸

Fünf Stunden lang ringt man schließlich am 8. November im Plenum um eine gemeinsame Haltung zum Krieg in Afghanistan. Gefunden wird jedoch kein Konsens, sondern nur ein unverbindlicher Beschluss, den die große Mehrheit trägt. „Ein tiefer Riss teilt die Synode der EKD“⁵⁹, stellt die *Frankfurter Allgemeine* fest. Dieser Riss verlaufe nicht wie in den 70er- und 80er-Jahren zwischen „Links“ und „Rechts“, sondern zwischen Ost und West. In der Tat ist in den Kirchen der neuen Bundesländer die pazifistische Grundhaltung besonders groß, hatte doch die Friedensbewegung der DDR ihre Heimat in der Kirche. So wundert es auch nicht, dass ein Antrag, „Nein“ zum Militäreinsatz in Afghanistan zu sagen, aus einem Kreis um den Cottbuser General-Superintendenten Rolf Wischnath kommt, auch wenn dieser selbst aus dem Westen stammt.⁶⁰

Die 14 Synodalen berufen sich auf Bonhoeffers Aussage, die Kirche sollte im Kriegsfall eindeutig Stellung beziehen,⁶¹ und fordern von der

⁵⁵ epd-Doku Nr. 47/01, S. 1

⁵⁶ FR Nr. 260 vom 8. November 2001, S. 2

⁵⁷ vgl. *ibid.*

⁵⁸ *ibid.*

⁵⁹ FAZ Nr. 262 vom 10. November 2001, S. 4

⁶⁰ vgl. dazu Wischnath et al.: Antrag vom 8. November 2001, in: epd-Doku 47/01, S. 14-17

⁶¹ s. o. S. 89